

## LSVD

Nur per E-Mail

**FDP Landesverband Bremen**

Dr. Magnus Buhler, MdBB  
- stellv. Vorsitzender -

Violenstraße 47  
28195 Bremen

**Telefon:** +49 172 174 34 65

**E-Mail:** [buhler@fdp-bremen.de](mailto:buhler@fdp-bremen.de)

**Internet:** [www.fdp-bremen.de](http://www.fdp-bremen.de)

## Wahlprüfsteine LSVD

Bremen, 03.05.2019

Sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlichen Dank für Ihre Fragen. Wir haben am 06.03.2019 unser Wahlprogramm beschlossen. Sie finden es unter [www.fdp-bremen.de](http://www.fdp-bremen.de). Zugleich beantwortet das Wahlprogramm der FDP nicht alle Ihre Fragen. Die Antworten entsprechen dem, was wir vorhaben und was wir in der Vergangenheit vertreten haben und in Zukunft vertreten wollen.

Gern beantworte ich Ihre Fragen als stellv. Vorsitzender der FDP Bremen.

### 1 „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ fortschreiben - Unterstützungsstrukturen für LSBTI langfristig absichern

*Seit 2015 hat die Freie Hansestadt Bremen einen „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“. In der neuen Legislaturperiode kommt es darauf an, diesen Aktionsplan zu evaluieren, ihn fortzuschreiben und ihn auch weiterhin finanziell im Haushalt zu untersetzen. Ferner müssen Projekte und Vereine der LSBTI-Selbsthilfe, wie beispielsweise „Rat & Tat“ oder „Belladonna“, langfristig abgesichert werden.*

#### 1.1 Welche Vorschläge haben Sie, damit der „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen“ evaluiert, fortgeschrieben und auskömmlich finanziert werden kann?

Es ist Aufgabe des Staates für Toleranz und Akzeptanz einzutreten. Wir Freie Demokraten finden, dass dafür auch ausreichend Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen.

Etablierte Institutionen müssen dabei auch nachhaltig gefördert und unterstützt werden. Was sich bewährt hat, sollte institutionell gefördert werden.

- 1.2 *Wie möchten Sie den regelmäßigen Austausch zwischen dem Bremer Senat, der Bürgerschaft, Vertretungen des LSBTI-Community und anderen Akteur\*innen fortsetzen, um zum Beispiel den Aktionsplan weiterzuentwickeln?*

Hierzu braucht es ein regelmäßiges Gespräch. Wir Freie Demokraten können uns vorstellen, dass ein Runder Tisch eingerichtet wird, an dem dieser Austausch stattfindet und von dem Anregungen für konkretes Handeln ausgehen.

- 1.3 *Welche Ideen haben Sie, um dafür sorgen, dass LSBTI-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Bremen eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?*

Bewährte Einrichtungen sollten eine institutionelle Förderung erhalten. Zudem sollten Projektmittel gewährt werden, um neue Impulse setzen zu können.

## 2 *Regenbogenkompetenz in Schule und Unterricht erhöhen*

*Die selbstverständliche und gleichberechtigte Behandlung und Thematisierung von LSBTI-Lebensweisen und Identitäten müssen fester Bestandteil in den Lehrplänen aller Schularten und in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und pädagogischem Personal sein. Erziehende, Lehrende und Sozialpädagog\*innen müssen kompetent über LSBTI-Lebensweisen und Identitäten aufklären und bei Mobbing intervenieren können. Auch die meist ehrenamtlich getragenen Schulaufklärungsprojekte leisten einen wichtigen Beitrag, der von Politik und Verwaltung unterstützt werden muss.*

- 2.1 *Streben Sie die Aufnahme von LSBTI-Themen in die Rahmenlehrpläne / Curricular aller Schularten an und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese auch in den unterrichtsbegleitenden Materialien und Schulbüchern sichtbar werden? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Ziel konkret umsetzen?*

Ja! Wir wollen, dass Schulbücher nach diesen Kriterien neu beschafft und alte ausgemustert werden. Wir wollen, dass die Curricular entsprechend bei Überarbeitung angepasst werden. Noch wichtiger ist uns allerdings, dass die Themen nicht in den Büchern versauern, sondern unterrichtet werden.

- 2.2 *Wie möchten Sie dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche, die nicht heterosexuell sind und/oder nicht den vorherrschenden Geschlechternormen entsprechen, angstfrei zur Schule gehen können?*

Wir wollen, dies dadurch erreichen, dass Schule für diese Themen sensibilisiert, darstellt und vorlebt, dass es normal ist anders zu sein. Wir wollen, dass Mobbing stoppen indem darüber aufgeklärt wird. LSBTI sollen geschulte Vertrauenslehrkräfte an jeder Schule finden, an die sie sich wenden können und die für sie streiten.

- 2.3 *Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ weiter in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog\*innen Eingang findet und entsprechende Seminare an der Universität*

*Bremen und am Landesinstitut für Schule Bremen verstetigt und mindestens jährlich angeboten werden?*

Ja!

### *3 Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken*

*Diskriminierung und Anfeindungen gegenüber LSBTI im Alltag sind noch nicht überwunden. Anfeindungen in der Öffentlichkeit gehören für viele LSBTI immer noch zur Lebensrealität. Homophobe und transfeindliche Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen LSBTI, sondern auch gegen all jene, denen eine Zugehörigkeit zu dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeschrieben wird. Der Kampf gegen LSBTI-Feindlichkeit ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.*

*3.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Bremen eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen und Anfeindungen gegen LSBTI im Dunkelfeld sichtbar zu machen?*

Wir Freie Demokraten brauchen eine solche Studien nicht, um das Thema aufzugreifen und uns für LSBTI einzusetzen. Zugleich fehlt es der Gesellschaft an Bewusstsein. Deshalb halten wir eine solche Studie für sinnvoll.

*3.2 Werden Sie sich in Ihrer Regierungsverantwortung dafür einsetzen, dass die polizeilichen Erfassungssysteme in Bremen reformiert werden, um LSBTI-feindliche Hasskriminalität in ihrem realen Ausmaß sichtbar zu machen?*

Wir haben ein hohes Interesse daran zu wissen, was Hintergründe und Motive von Straftaten sind. Deshalb wollen wir sie auch differenziert erfassen. Denn nur dadurch wird es möglich gezielt gegen die Ursachen vorzugehen.

*3.3 Wie wollen Sie zukünftig mit Partnerstädten/-gemeinden von Bremen und/oder seiner Bezirke umgehen, die offen gegen homosexuelle oder transgeschlechtliche Menschen hetzen und Menschen kriminalisieren, die gleichgeschlechtlich lieben?*

Wir Freie Demokraten wollen, dass Menschenrechtsverletzungen offen angesprochen werden, dazu gehört auch Hetze und Kriminalisierung aufgrund der sexuellen Orientierung. Es ist Aufgabe Bremens als Partner dieser Städte und Gemeinden für unsere Werte einzustehen und die Partner zu mahnen diese zu achten. Dazu gehört auch genau hinzuschauen, wen man trifft und welche Bühne wem gegeben wird.

### *4 Queere Geflüchtete schützen und LSBTI-inklusive Integration sicherstellen*

*In zahlreichen Ländern dieser Welt droht LSBTI Gefahr für Freiheit, Leib und Leben. Einige fliehen vor Verfolgung und Unterdrückung nach Deutschland. Noch immer gibt es beträchtliche Hürden für verfolgte LSBTI, in Deutschland anerkannt zu werden. Damit für LSBTI faire und qualifizierte Asylverfahren tatsächlich gewährleistet sind, muss ihre Situation kultursensibel und kompetent berücksichtigt werden. Auch unter den vielen in Bremen lebenden Migrant\*innen gibt es LSBTI. Sie erfahren häufig mehrfache Diskriminierung. Innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft erleben viele ungleiche Chancen und Rassismus, nicht selten*

*auch in der LSBTI-Community. Notwendig sind Informations- und Beratungsangebote, insbesondere in der Eltern-, Familien- und Jugendarbeit. Die Selbstorganisationen von LSBTI mit Migrationsgeschichte müssen angemessen öffentlich gefördert werden.*

- 4.1 *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter\*innen, Leitungen, Sprachmittler\*innen), in den Beratungseinrichtungen, sowie bei der Polizei eigens zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTI Geflüchteten geschult werden? Falls ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?*

Wir halten diesen Ansatz für sinnvoll. Wir wollen, dass entsprechende Fortbildungen angeboten werden. Den Betreibern sollten dafür entsprechende Mittel bereitgestellt und die Notwendigkeit bei der Personalbemessung berücksichtigt werden. Bei der Polizei sollte der Themenkomplex in die Aus-, Fort-, und Weiterbildung integriert werden.

- 4.2 *Werden Sie der Erweiterung der sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ im Bundesrat um die Verfolgerstaaten Tunesien, Marokko, Algerien und Georgien widersprechen und auch zukünftig dafür sorgen, dass keine weiteren Staaten aufgenommen werden?*

Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, genießen bei uns aus gutem Grund Asyl. Wir Freie Demokraten wollen dies Recht wahren und erhalten. Das individuelle Recht aus Asyl wird durch das Verfahren für sichere Herkunftsstaaten nicht eingeschränkt. Es finden nur andere Verfahren statt. Vor diesem Hintergrund sieht die FDP keinen Grund auf die Ausweisung oben genannter Staaten als sichere Herkunftsstaaten zu verzichten.

## 5 *Familienvielfalt in Bremen stärken*

*Tausende Kinder wachsen derzeit in Deutschland in Regenbogenfamilien auf, in denen mindestens ein Elternteil sich als lesbisch, schwul, bisexuell oder transgeschlechtlich versteht bzw. intergeschlechtlich ist. Eine moderne Familienpolitik soll alle Menschen unterstützen, die Kindern in ihrem Leben einen Platz geben und ihnen helfen zu wachsen und sich gut zu entwickeln. Es gibt die unterschiedlichsten Formen von Familie. Regenbogenfamilien gehören genauso dazu, wie Mehrelternmodelle oder auch Alleinerziehende.*

- 5.1 *Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags im Bundesland Bremen zu fördern?*

Wir treten für die Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien ein und werden das thematisieren und Ungleichbehandlung ansprechen, um sie abzustellen. Wir wollen, dass öffentliche Einrichtungen, Schulen etc. systematisch sensibilisiert werden, sodass sie entsprechend wirken und wirken können.

- 5.2 *Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?*

Wir Bremer Freie Demokraten treten für eine absolute Gleichberechtigung von LSBTI ein. Wir setzen uns dafür ein und werben dafür, dass das Bundesrecht entsprechend

geändert wird. Wir unterstützen, wenn Bremen in diesem Sinne auf Bundesebene aktiv wird. Soweit es bremisches Recht betrifft, setzen wir uns dafür ein, dass dies entsprechend weiterentwickelt wird.

**5.3 *Wie wollen Sie sich für die vollständige Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien bei Entscheidungen über Pflegschaft und Adoption einsetzen?***

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine vollständige Gleichbehandlung ein. Wir wollen entsprechende Regelungen im Bundesrecht ändern. Entsprechend werden wir uns dafür einsetzen, dass Bremen im Bundesrat entsprechende Rechtssetzungsvorhaben unterstützt bzw. aktiv betreibt. Soweit es um bremische Verwaltungspraxis geht, werden wir darauf hinwirken, dass Regenbogenfamilien gleichbehandelt werden.

**6 *Vielfalt und Akzeptanz in allen Lebensaltern verwirklichen***

*Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In diese Phase fällt für LSBTI zumeist ihr Coming-out, so dass ihre Lebenssituation zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt ist. Es muss gezielt auf ein diskriminierungsfreies Umfeld auch für LSBTI-Jugendliche hingearbeitet werden. Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren und alten LSBTI. Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zu Verlust von Autonomie und sozialen Kontakten, der für LSBTI aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität massive Auswirkungen hat. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote sind zumeist nicht für die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTI ausgerichtet. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben sollte jedoch in allen Lebensphasen verwirklicht werden.*

**6.1 *Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um auch in der Versorgung und Unterstützung von Senior\*innen für Akzeptanz und Respekt zu werben und eine kultursensible Pflege und Versorgung zu gewährleisten?***

Hauptproblem in der Pflege ist der Fachkräftemangel. Diesem gilt es entgegenzuwirken. Zudem ist es wichtig, dass in der Aus-, Fort-, und Weiterbildung kultursensible Pflege und Akzeptanz einen angemessenen Raum einnimmt, damit LSTBI in Würde altern können.

**6.2 *Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten, die sie stärkt und auf den Weg der Persönlichkeitsfindung wertschätzend begleitet?***

Wir wünschten uns, dass es normal und akzeptiert ist anders zu sein. Leider ist das nicht so. Deshalb wollen wir Einrichtungen, die mit LSTBI-Jugendlichen arbeiten stärken, absichern und unterstützen. Denn sie sind es, die Jugendliche begleiten und sie unterstützen.

**7 *Bremen tritt für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik ein***

*Das Bundesland Bremen muss sich auch zukünftig auf Bundesebene für die Belange von LSBTI einzusetzen. Zu den wichtigsten Themen im Bundesrat gehören die Ergänzung von Art. 3 im*

*Grundgesetz um das Merkmal sexuelle und geschlechtliche Identität, die umfassende Reformierung des TSG sowie die Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts für eine Absicherung von Kindern in Regenbogenfamilien.*

7.1 *Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt wird?*

Aus rechtlicher Sicht bedarf es nach unserer Auffassung dieser Klarstellung nach unserer Auffassung nicht. Zugleich verdeutlicht eine solche Klarstellung, dass es nicht um das Geschlecht, sondern um die sexuelle und geschlechtliche Identität geht, deshalb sollte sie erfolgen.

7.2 *Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und auch Mehrelternfamilien gesetzliche Anerkennung zu verschaffen?*

Ja!

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Magnus Buhlert, MdBB